

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 33. Sitzung des Kreisausschusses am 16.10.2013 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Helbig, Alexander	DIE LINKE	
Kolan, Lars	SPD	
Dr. Kuttner, Michael	CDU	
Luban, Klaus	FDP	
Rubenbauer, Kerstin	DIE LINKE	vertrat Eisenhammer, Martina anwesend ab 17:05 Uhr, TOP 2
Schmidt, Norbert	CDU	
Selbitz, Frank	UBL-GRÜNE/B 90	
Terno, Heiko	Bauern/Pro Schönefeld	
Tölpe, Uta	SPD	
Wille, Martin	SPD	vertrat Schluricke, Andreas

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Braschwitz, Wolfgang	Amtsleiter Umweltamt
Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Lehmann, Harald	Amtsleiter Sozialamt
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Jörg	Amtsleiter Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Entschuldigt waren:

Eisenhammer, Martina	DIE LINKE	wurde vertreten durch Rubenbauer, Kerstin
Schluricke, Andreas	SPD	wurde vertreten durch Wille, Martin

Gäste:

Frau Schirling, Vertreterin der Presse

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

- 2.1 Schreiben an Frau Ministerin Tack zur Unterschutzstellung der Rieselfelder Ragow - Deutsch Wusterhausen und Boddinsfelde 2013/081
- 2.2 Bestätigung der wirtschaftlichen Betätigungen in Bezug auf deren Erforderlichkeit (öffentliches Interesse) für die Nachweisführung im Beteiligungsbericht 2012 2013/083
- 2.3 Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 zur zukünftigen Darstellung des Landkreises Dahme-Spreewald als demenzfreundlicher Landkreis 2013/092
- 2.4 Kommunalwahlen am 25.05.2014 2013/107
hier: Berufung der Kreiswahlleiterin und ihres Stellvertreters für das Wahlgebiet Landkreis Dahme-Spreewald

3. Beanstandung des Beschlusses des Kreistages vom 04.09.13 zur abzugebenden Stellungnahme des Landkreises Dahme-Spreewald bei einer Beteiligung in einem möglichen Planfeststellungsverfahren beim Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Dresden

4. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

5. Genehmigung von Dienstreisen

6. Informationsvorlagen

- 6.1 Bericht über die Überörtliche Prüfung der Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen im Bereich der Fleischhygiene im Landkreis Dahme-Spreewald 2013/100
- 6.2 Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zur überörtlichen Prüfung des Rettungswesens im Landkreis Dahme-Spreewald 2013/095
- 6.3 Beiträge zur Kreisentwicklung Nr. 15 2013/102
Statistische Daten des Landkreises Dahme-Spreewald

7. Informationen aus den Gesellschaften

8. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil:

9. Zur Geschäftsordnung

- 9.1 zur Tagesordnung
- 9.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

10. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

11. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Landrat Loge**, eröffnet die 33. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Landrat Loge stellt fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte. Von elf stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind zurzeit zehn anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Landrat Loge erklärt, dass schriftliche Einwendungen zur Niederschrift vom 21.08.2013 nicht vorliegen.

Herr Dr. Kuttner habe jedoch darauf hingewiesen, dass im Tagesordnungspunkt 6 - Informationen aus den Gesellschaften - auf Seite 16 im letzten Absatz die Worte „gezahlt wurde“ durch die Worte „in die Bilanz eingestellt war“ ersetzt werden müssen. Korrekt laute der Satz dann „Diese waren ja auf Null gesetzt, obwohl in den letzten Jahren immer etwa eine Viertelmillion **in die Bilanz eingestellt war.**“

Um eigenständige Korrektur werde gebeten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Niederschrift vom 21.08.2013 gilt mit der Änderung als anerkannt.

TOP 2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

TOP 2.1 Schreiben an Frau Ministerin Tack zur Unterschutzstellung der Rieselfelder Ragow – Deutsch Wusterhausen und Boddinsfelde, Vorl.Nr. 2013/081

Für **Herrn Terno** stellt sich bei solchen Dingen immer die Frage, wer wovor geschützt werden soll. Vor wem soll der Wachtelkönig geschützt werden?

Er sei generell dagegen. Bisher gab es für dieses Gebiet keinen Schutzstatus und das könne nicht so schlecht gelaufen sein, denn sonst hätten sich die seltenen Tierarten dort nicht angesiedelt.

Landrat Loge erwidert, dass die Populationen von Wachtelkönig und weiterer geschützter Arten in dem betreffenden Gebiet dauerhaft gesichert werden sollen. Insofern werde die Unterschutzstellung durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz als zwingend erforderlich erachtet. Die Anrainergemeinden Königs Wusterhausen und Mittenwalde-Ragow seien ebenfalls sehr daran interessiert, die seinerzeit wegen formeller Fehler bei der Unterschutzstellung aus dem Schutzstatus ausgegliederten Flächen wieder in das Landschaftsschutzgebiet einzugliedern.

Herr Dr. Kuttner hatte sich vor längerer Zeit schon einmal mit diesen Flächen befasst und kann die Meinung von Herrn Terno sehr gut nachvollziehen. Er persönlich sei ebenfalls der Auffassung, dass die Unterschützstellung des gesamten Gebietes zu hinterfragen wäre.

Die Intentionen der Anrainergemeinden liegen in erster Linie darin, zu verhindern, dass dort Windräder gebaut werden. Die Flugsicherung stimme dem Bau von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von etwa 160 Metern so dicht an einem Flughafen aber ohnehin nicht zu, so dass solche Anlagen dort sowieso ausgeschlossen wären.

Überdies stelle sich die Frage, ob die vom Kreistag beschlossenen Briefe, die im Endeffekt höflich und freundlich von der Staatskanzlei oder dem jeweiligen Ministerium mit dem Hinweis beantwortet werden, diese den zuständigen Bearbeitern zugeleitet zu haben, nicht Briefe „für die Galerie“ seien. Sosehr sich der Kreistag auch bemühe, Inhalte zu vermitteln, verlaufen viele Dinge im Sande. Das gab es in der Vergangenheit ja schon mehrfach.

Herr Kolan ist skeptisch, dass ein Vorkommen von seltenen Tierarten die kommerzielle Nutzung der betreffenden Flächen verhindern kann. Wenn zugelassen werde, dass Solaranlagen oder Kurzumtriebsplantagen angesiedelt werden, sei es nur eine Frage der Zeit, wie lange die vom Aussterben bedrohten Tiere dort noch leben werden.

Die Kommunen wünschen sich eine Wiedereingliederung und anders als bei anderen Schreiben „für die Galerie“ sehe er den Landkreis als untere Naturschutzbehörde hier mit im Boot, sich um die Flächen, die im Landkreis liegen, zu kümmern. Und wenn es einmal Landschaftsschutzgebiet war und Flächen durch irgendwelche Dinge herausgefallen seien, dann sollte das wieder revidiert werden.

Überdies wurde das Schreiben fraktionsübergreifend durch einen Ausschuss des Kreistages initiiert. Warum sollten jetzt Kreisausschuss bzw. Kreistag völlig konträrer Meinung sein?

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- bei 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -

TOP 2.2 Bestätigung der wirtschaftlichen Betätigungen in Bezug auf deren Erforderlichkeit (öffentliches Interesse) für die Nachweisführung im Beteiligungsbericht 2012

- hier: - **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG)**
- **Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH (TGZ),**
- **Energeregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS),**
- **Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC),**
- **Klinikum Dahme-Spreewald GmbH (KDS),**
- **Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS),**
- **Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)**

Vorl.Nr. 2013/083

Landrat Loge weist darauf hin, dass Austauschseiten übersandt wurden, nachdem die Vorlage in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus erörtert wurde und die gewünschten Änderungen eingearbeitet wurden. Beide Fachausschüsse haben auch eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben.

Der Beschlusstext wurde um folgenden Wortlaut ergänzt:

- 2. dass** der Landkreis Dahme-Spreewald auf die Einholung von Marktangeboten oder Vergleichsberechnungen über die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch private Anbieter **verzichtet**. Er macht damit vom Recht nach § 91 Abs. 3 S. 3 i. V. m. § 131 Abs. 1 BbgKVerf Gebrauch.

3. **dass ein ausführlicher Nachweis über die fortdauernde Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des öffentlichen Zwecks der kommunalen Unternehmen alle 5 Jahre bzw. einmal je Legislaturperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald zu erbringen ist.**

Herr Wille erläutert, dass jeder Kreistag diese Informationen einmal zu Gesicht bekommen sollte, um darüber zu befinden. Weil eine Wahlperiode möglicherweise auch einmal kürzer sein könnte, wurde die Formulierung „5 Jahre bzw. einmal je Legislaturperiode“ gewählt.

Im Übrigen wäre es korrekter, wenn es im Punkt 3 des Beschlusstextes statt „Legislaturperiode“ „**Wahlperiode**“ heißen würde.

Landrat Loge stimmt dieser Änderung zu. Er bittet um eigenständige Korrektur.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage mit dem geänderten Beschlusstext zuzustimmen: - einstimmig bestätigt -

TOP 2.3 Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 zur zukünftigen Darstellung des Landkreises Dahme-Spreewald als demenzfreundlicher Landkreis, Vorl.Nr. 2013/092

Herr Selbitz führt aus, dass sich die Demenz-Erkrankungen in den nächsten Jahren deutlich erhöhen werden. Der Landkreis sollte sich dieses Problems annehmen und prüfen, ob eine Einbindung in die seniorenpolitischen Aufgaben möglich wäre. Die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 stehe dem sehr offen gegenüber.

Um fraktionsübergreifend eine intensive fachliche Diskussion zu führen, werde vorgeschlagen, die Vorlage im nächsten Kreistag in den entsprechenden Fachausschuss zu verweisen. Zur Sitzung des Ausschusses sollten dann auch die entsprechenden Träger der sozialen Pflege eingeladen werden.

Herr Kolan erklärt, dass der SPD-Fraktion die Brisanz und Problematik von Demenz-Erkrankungen nicht entgangen sei. Von daher gebe es aus Sicht der Fraktion jetzt auch nichts darüber zu diskutieren, ob sich der Landkreis der Sache annehmen sollte oder nicht. Die Frage sei nur, wie mache man es richtig und was ist richtig. Um diese Prüfung vorzunehmen, werde die Verwaltung gebeten, bis zum Kreistag oder zumindest bis zur Sitzung des Fachausschusses zusammenzustellen, welche Angebote es bereits im Landkreis Dahme-Spreewald gebe. Diverse Anlaufstellen bestehen ja schon und es sollte nicht das Ziel sein, Doppelstrukturen zu schaffen.

Wer im Internet nachgeschaut habe, konnte auch feststellen, dass sich der Landkreis Garmisch-Partenkirchen bereits als demenzfreundlicher Landkreis darstellt. Von dort wurde vermutlich auch der Text der heutigen Vorlage entlehnt. Der Landkreis Dahme-Spreewald werde zwar selbst eine Lösung finden, aber eine Quellenangabe wäre von Vorteil gewesen, um schneller etwas zu dieser Thematik zu finden.

Im Übrigen halte er persönlich die Formulierung „demenzfreundlicher Landkreis“ als nicht sehr werbewirksam für den Landkreis. Außerdem fange die Beratungsfolge mit dem Gesundheits- und Sozialausschuss am 23.09.2013 an. Seinem Wissen nach lag die Vorlage in dieser Beratung aber noch nicht vor.

Herr Selbitz erwidert, dass die Vorlage zu diesem Zeitpunkt zwar schon erarbeitet war, aber noch nicht übergeben wurde.

Landrat Loge bittet, die Zeile 23.09.2013 in der Beratungsfolge eigenständig zu streichen.

Herr Saß verweist darauf, dass sich Verwaltung und Abgeordnete in den vergangenen Jahren mit dem Thema Demenz bereits befasst haben. Im Ratsinformationssystem könne jeder nachschauen, wie viele Vorlagen es dazu schon gebe; die inhaltlich das beschreiben, was aus Sicht der Verwaltung im Landkreis erforderlich sei. Beispielsweise werde dem Gesundheits- und Sozialausschuss seit Jahren immer im Januar eine Vorlage zur Förderung der Wohlfahrtsverbände übergeben. Ein Bestandteil darin sei die Demenzberatungsstelle des Landkreises.

Er halte es für den besseren Weg, die Problematik Demenz im Rahmen der seniorenpolitischen Leitlinien zu thematisieren oder in einem der nächsten Seniorenforen in den Vordergrund zu stellen, als eine Plakette „demenzfreundlicher Landkreis“ an die Tür zu heften.

Herr Dr. Kuttner merkt an, dass es keinerlei Kriterien gebe, nach denen so etwas zertifiziert werden könnte. Schon deshalb sehe die CDU-Fraktion die ganze Sache skeptisch und plädiere ebenfalls dafür, das Thema im Gesundheits- und Sozialausschuss gründlich zu diskutieren und einen Vorschlag für den Kreistag zu erarbeiten. Vorstellbar wäre z. B. die Einführung von einem „Jahr der Senioren“.

Herr Helbig schließt sich der Auffassung von Herrn Saß an, dass es zu plakativ wäre, sich ein Abzeichen „demenzfreundlicher Landkreis“ an die Tür zu heften. Der Landkreis werde nicht nur bei den Angeboten für Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen, sondern z. B. auch beim altersgerechten Wohnen oder der ärztlichen Versorgung auf dem Lande vor weiteren Herausforderungen stehen. Dort seien die Probleme wesentlich umfassender. Nur eine Sache herauszupicken und sich damit zu schmücken, könne nicht das Anliegen sein.

Der Ausschuss sollte sich mit der Thematik beschäftigen und einen Vorschlag unterbreiten, der zukünftig auch diesen Anforderungen gerecht wird.

Landrat Loge hält es für eine gute Idee, sich in diesem Zusammenhang mit der ärztlichen Versorgung auseinanderzusetzen. Im erweiterten Vorstand des Landkreistages wurde gestern auch informiert, dass seitens der kassenärztlichen Vereinigung bei der neuen Bedarfsermittlung der fachärztlichen Vernetzung und Absicherung neuerdings die Landkreise um Stellungnahmen gebeten werden sollen. Da kommen ohnehin noch ein paar Dinge auf den Landkreis zu.

Herr Wille betont ebenfalls, dass der Landkreis hier nicht am Anfang steht. In etlichen Vorlagen wurde schon über die Bedürfnisse von Demenzerkrankten informiert.

Alle Kreistagsabgeordneten haben auch eine Einladung zum zwanzigjährigen Bestehen von REKIS, einer Kontaktstelle für Selbsthilfe in Königs Wusterhausen, erhalten. Auf der Tagesordnung stehe u. a. ein Vortrag aus einer Selbsthilfegruppe über Alzheimer. Er könne nur appellieren, diese Gelegenheit zu nutzen, sich über REKIS und die Selbsthilfegruppen zu informieren und zu ergründen, ob die so etwas überhaupt wollen.

Frau Rubenbauer, Vorsitzende des Gesundheits- und Sozialausschusses, bestätigt ebenfalls, dass sich der Ausschuss schon mehrfach mit dem Thema Demenz beschäftigt habe. Vorlagen dafür gebe es seit Jahren. Insofern könne sie sich der Aufforderung an die Verwaltung, jetzt noch einmal alles zusammenzustellen, nicht anschließen. Die Ausschussmitglieder haben die Unterlagen sicherlich noch in ihrer Ablage.

REKIS leistet seit Jahren eine sehr gute Arbeit. Und als Leiterin einer Selbsthilfegruppe rate sie, mit einer Vorlage, demenzfreundlicher Landkreis zu werden, sehr vorsichtig umzugehen. Die betroffenen Menschen und ihre Familien haben mit der Krankheit schon genug zu tun. Wer an dieser Krankheit leidet, könne für sich selbst nicht mehr bestimmen und habe ein Stückweit sein Selbstwertgefühl verloren. Das nach außen zu bringen und in einem solchen Rahmen öffentlich zu machen, halte sie nicht für gut. Sie möchte in einem Landkreis leben,

der familien- und kinderfreundlich ist, der aktiv ist und sich einbringt, aber in keinem demenzfreundlichen Landkreis. Das müsse anders gestaltet werden.

Der Ausschuss werde sich noch einmal der Demenz widmen, dieses Feld sollte aber sehr spezifisch und vorsichtig betrachtet werden.

Landrat Loge greift den Vorschlag der einreichenden Fraktion auf Überweisung in den Fachausschuss auf und ruft zur Abstimmung auf.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, die Vorlage in den Gesundheits- und Sozialausschuss zu überweisen: - einstimmig bestätigt -

TOP 2.4 Kommunalwahlen am 25.05.2014
hier: Berufung der Kreiswahlleiterin und ihres Stellvertreters für das
Wahlgebiet Landkreis Dahme-Spreewald , Vorl.Nr. 2013/107

Es besteht kein Redebedarf.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 3. Beanstandung des Beschlusses des Kreistages vom 04.09.13 zur
abzugebenden Stellungnahme des Landkreises Dahme-Spreewald bei
einer Beteiligung in einem möglichen Planfeststellungsverfahren beim
Ausbau der Bahnstrecke Berlin - Dresden

Landrat Loge weist darauf hin, dass heute zur Information ein Auszug aus dem Tagesordnungspunkt 4.11 der Kreistagssitzung vom 04.09.2013, der Wortlaut der Beanstandung vom 18.09.2013, der Wortlaut der Petition sowie die dazugehörige Beschlussvorlage auf den Tisch gelegt wurden. Gemäß § 55 Abs. 1 Satz 4 BbgKVerf habe der Kreistag spätestens in der nächsten ordentlichen Sitzung erneut zu entscheiden. Soweit der Beschluss nicht erneut gefasst werde, gelte er als aufgehoben.

Bei allem Verständnis für diese und jene Vorbehalte gegen den geplanten Ausbau der Bahnstrecke sei der Beschluss aus materiellen und formellen Gründen zu beanstanden, weil eine Stellungnahme im Rahmen eines Verfahrens Träger öffentlicher Belange zum Geschäft der laufenden Verwaltung als untere Landesbehörde gehört.

Die Zuständigkeit für den Ausbau der Trasse, die sich gemäß Bundesverkehrswegeplan in das europäische Fernstreckennetz Stockholm – Istanbul einbindet, liege bei der Deutschen Bahn AG. Diese entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob und in welchem Umfang sie ihre Bahnstrecken ausbaut. Die Verbandszuständigkeit des Landkreises sei also sehr eingeschränkt.

Wie bereits in der Kreistagssitzung am 04.09.2013 ausgeführt, habe Minister Vogelsänger am vergangenen Montag noch einmal eine 90%ige Förderung des kommunalen Eigenanteils zugesichert. Der Minister sicherte auch zu, dass alle momentan in den Fahrplanunterlagen festgeschriebenen Haltepunkte auch weiterhin erhalten bleiben.

Als Kompromiss werde vorgeschlagen, den Beschluss, der zur Beanstandung führte, aufzuheben und seitens des Kreistages ein Schreiben mit den Vorbehalten an den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages zu schicken. Die neue Bundestagsabgeordnete, Frau Schimke, könnte um Unterstützung gebeten werden.

Herr Kolan erklärt, dass die SPD-Fraktion nunmehr die Beanstandung nachvollziehen könne. Er stelle es sich auch schwierig vor, den Beschluss als Träger öffentlicher Belange umzusetzen.

Im Schreiben an den Bundestagsausschuss sollte auf die Problematik und die Belange der betroffenen Gemeinden sowie das Zerschneiden der Landschaft hingewiesen bzw. Fragen zum Sinn dieser Maßnahme aufgeworfen werden. Der Ausbau erfolge wohl hauptsächlich für den Güterverkehr. Seiner Kenntnis nach fahren die Güterzüge aber nicht mit einer Geschwindigkeit von 160 km/h oder 200 km/h. Da gebe es schon einen gewissen Widerspruch.

In die Ausarbeitung sollten auch Abgeordnete – z. B. aus dem Ausschuss für Bauen und Umwelt – einbezogen werden. Seitens der SPD-Fraktion habe Herr Hartmut Laubisch bereits die Bereitschaft bekundet, sein Fachwissen einzubringen.

Überdies habe die Stadt Golßen schon ein Schreiben von Herrn Minister Vogelsänger erhalten, dass 75 % der Eigenanteile garantiert übernommen werden.

Landrat Loge ist unklar, woher die Information kommt, dass auf dieser Trasse vorrangig Güterzüge fahren sollen. Seinem Wissen nach solle der Nord-Süd-Korridor künftig regelmäßig mit ICE befahren werden.

Herr Kolan erwidert, dass Frau Staatssekretärin Schneider gestern in einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Königs Wusterhausen geäußert habe, dass der Ausbau erfolgt, um den Güterverkehr bis nach Rumänien besser von der Straße auf die Schiene zu bekommen. Die ICE seien nur Beiwerk. So habe er es jedenfalls verstanden.

Herr Dr. Kuttner hatte gestern ebenfalls die Möglichkeit, sich mit Frau Staatssekretärin Schneider darüber zu unterhalten. Sie habe noch einmal bestätigt, dass von Seiten des Infrastrukturministeriums intensiv versucht werde, den kommunalen Anteil zu fördern, so dass sich die 33⅓ % um nicht unerhebliche Summen abmindern. Die Trasse sei auch europaweit und da müsse sich Industrie ansiedeln.

Das Argument, dass die Eigenanteile für manche Gemeinden trotz der Abminderung noch sehr hoch seien und zu bezweifeln sei, dass sich Industrie ansiedeln werde, nur weil irgendein Zug mit einer Geschwindigkeit von 200 km/h durchfährt, konnte sie nicht überzeugen.

Die CDU-Fraktion könne die Beanstandung ebenfalls logisch nachvollziehen. Die Bürger von Golßen und Heideblick sowie alle anderen, die hier möglicherweise betroffen seien, sollten jedoch einen Antwortbrief bekommen, dass der Kreistag bei seiner Meinung bleibe, sich aber an die rechtlichen Wege halten müsse.

In der Verwaltung gebe es genügend Sachverstand, den Brief an den Verkehrsausschuss zu entwerfen, und auch die Abgeordneten seien zur Mitarbeit aufgefordert. Es werde auch die Hilfe der Fraktion angeboten, was die Einbeziehung der Bundestagsabgeordneten Frau Schimke in die Problematik betrifft.

Landrat Loge schlägt vor, den Brief an den Verkehrsausschuss des Bundestages in der Dezember-Sitzung des Kreistages vorzulegen. Bis dahin könnten ggf. noch Gespräche mit Abgeordneten und Gemeinden geführt werden.

Herr Selbitz kann den Landrat verstehen, hier einen Kompromiss zu finden. Auf der anderen Seite sei durch Beschluss des Kreistages ein deutliches Votum an ihn ergangen.

Den Vorschlag des Landrates sehe er als einen ersten konkreten Ansatz, dieses Votum umzusetzen. Er werde es positiv begleiten und dies auch seiner Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 vorschlagen.

TOP 4. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 5. Genehmigung von Dienstreisen

Dienstreise nach Cottbus

Landrat Loge führt aus, dass Herr Dr. Kuttner am 30.09.2013 die Genehmigung einer Dienstreise am 14.11.2013 nach Cottbus zum Kongress *Speichertechnologien – Herausforderung und Chance der Energiewende* beantragt hat.

**Abstimmung:- bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Herr Dr. Kuttner am 14.11.2013**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 14.11.2013 nach Cottbus zum Kongress *Speichertechnologien – Herausforderung und Chance der Energiewende*.

Dienstreise nach Potsdam

Landrat Loge erklärt, dass Herr Dr. Kuttner am 06.10.2013 die Genehmigung einer Dienstreise für den 05.11.2013 nach Potsdam zum Wirtschaftsgespräch *Zukunft der Landesstraßen vor dem Hintergrund des Substanzverzehrs und der Mittelknappheit* beantragt hat.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Herr Dr. Kuttner am 05.11.2013**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 05.11.2013 nach Potsdam zum Wirtschaftsgespräch *Zukunft der Landesstraßen vor dem Hintergrund des Substanzverzehrs und der Mittelknappheit*.

Dienstreise nach Brüssel

Landrat Loge zeigt an, dass er eine Einladung der Energieregion Lausitz am 24. und 25. Oktober 2013 nach Brüssel zur EU erhalten hat. Eine entsprechende Dienstreise werde hiermit beantragt.

Neben den vorgesehenen Diskussionsrunden in der Vertretung des Landes Brandenburg wolle er mit dem Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Herrn Janßen, dort auch in Sachen Entwicklung Funckerberg vorstellig werden.

Herr Dr. Kuttner ergänzt, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Entwicklung des Funckerberges eine Reihe Vorstellungen erarbeitet hat. Seinem Wissen nach sei zwischen Wildau und Königs Wusterhausen eine Vereinbarung in Vorbereitung, wonach in einem gewissen Maße auch Gelder für die Arbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden sollen.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Landrat am 24. und 25.10.2013**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise des Landrates am 24. und 25.10.2013 zur EU nach Brüssel.

Dienstreisen nach Cottbus

Herr Selbitz erklärt, dass am 22.10.2013 in Cottbus und am 23.10.2013 in Goyatz Veranstaltungen zum Abschluss des Ludwig-Leichhardt-Jahres stattfinden. An der Veranstaltung in Cottbus möchte er teilnehmen.

Herr Dr. Kuttner und **Herr Kolan** zeigen ebenfalls an, dass sie an dieser Veranstaltung teilnehmen wollen.

Landrat Loge empfiehlt eine nachträgliche Genehmigung im nächsten Kreisausschuss.

TOP 6. Informationsvorlagen

TOP 6.1 Bericht über die Überörtliche Prüfung der Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen im Bereich der Fleischhygiene im Landkreis Dahme-Spreewald , Vorl.Nr. 2013/100

Es besteht kein Redebedarf. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.2 Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zur überörtlichen Prüfung des Rettungswesens im Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/095

Es besteht kein Redebedarf. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.3 Beiträge zur Kreisentwicklung Nr. 15 Statistische Daten des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/102

Landrat Loge informiert, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Bauen und Umwelt am 05.08.2013 vorgestellt wurde. Im Nachgang dazu wurde noch eine Anlage mit neu veröffentlichten Daten übersandt.

Herr Kolan bedankt sich namens der SPD-Fraktion für die ausführliche Zusammenstellung.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7. Informationen aus den Gesellschaften

Herr Starke führt vorab aus, dass der Königs Wusterhausener Bürgermeister Dr. Franzke den Landrat nach Brüssel begleiten wird. Die Reise werde im Übrigen auch von der Energieregion Lausitz-Spreewald finanziert, die sich dort mitpräsentiert.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG)

Am 12.09.2013 fand die letzte Gesellschafterversammlung statt. Der Wirtschaftsplan 2014 konnte wegen der ausstehenden Gespräche mit dem Trink- und Abwasserzweckverband Luckau nicht beschlossen werden. Morgen werde es dazu ein Treffen der WFG mit dem TAZV geben.

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH (TGZ)

Die Genehmigung des Innenministeriums über die beantragte Bürgerschaftsfreistellung der Stadt Wildau und der Stadt Königs Wusterhausen wurde im Rahmen des Anteilskaufs erteilt, so dass der Kaufpreis nun zur Zahlung angewiesen wurde. Die Eintragung in das Handelsregister kann durch den Geschäftsführer vorgenommen werden.

Der Entwurf des geänderten Gesellschaftsvertrages wird in Kürze abgestimmt, so dass dieser dem Kreistag in der Dezember-Sitzung vorgelegt werden kann.

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS)

Die letzte Gesellschafterversammlung fand am 30.09.2013 statt. Auf der Tagesordnung stand die Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2014, dem zugestimmt wurde. Den Hinweisen von Herrn Dr. Kuttner wurde nachgekommen.

Im Jahr 2014 ist die Neuanschaffung von sechs Bussen geplant.

Am 09. und 10. Oktober 2013 fanden mit den Bürgermeistern Informations- und Arbeitsgespräche zum Thema ÖPNV statt. Dazu gab es zwei verschiedene Gastreferenten - für die Nordbürgermeister den Bürgermeister aus Ahrensfelde, der erläuterte, was drei Gemeinden dort gemeinsam erreicht haben. Sie seien selbst aktiv geworden, was die Linienbedienung, die Gewerbegebiete und vor allem die Vernetzung von Ahrensfelde, Bernau und Eberswalde anbelangt. Also auch die Vernetzung untereinander und nicht nur die Verbindung Richtung Berlin.

Im Süden des Landkreises fand die Veranstaltung mit einer Referentin aus der Gemeinde Nuthetal statt, die als relativ kleine Gemeinde trotz Haushaltssicherungskonzept jährlich 20.000 Euro aufbringt, um eine Art Rufbus zu bedienen.

Insbesondere die ehrenamtlichen Bürgermeister und Ortsbeiräte sollten dafür sensibilisiert werden, vor Ort zu ergründen, welchen Linienbedarf es gebe.

Am 15.10.2013 fand dann in Königs Wusterhausen eine öffentliche Veranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Aus den Reihen der ÖPNV-Nutzer gab es zahlreiche Hinweise. Gemeinsam mit einem Verkehrsexperten wurde dazu aufgerufen, dass sich die Bürger selbst vor Ort mehr einbringen.

Diese Veranstaltungen werden als Auftakt angesehen, den Nahverkehrsplan 2014 neu aufzulegen.

Die verschiedenen Beschwerden, z. B. zu Verspätungen von Bussen, werden bereits im Beschwerdemanagementsystem der RVS erfasst.

Hauptproblem sei allerdings, herauszufinden, ob es sogenannte Hauptlinien gebe, die zu bedienen wären. Das sei schwieriger als früher, weil Arbeitszeiten flexibler wurden und das Freizeitverhalten sehr unterschiedlich sei. Es gebe keine Hauptströme mehr, was den ÖPNV natürlich vor ganz neue Herausforderungen stellt.

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH (KDS)

Am 14.10.2013 fand die Gesellschafterversammlung statt, am 17.10.2013 tagt der Aufsichtsrat. Die aktuelle wirtschaftliche Situation stellt sich sehr gut dar. Es werde von einem Periodenüberschuss in Höhe von 2,8 Mio. Euro ausgegangen.

Der Wirtschaftsplan 2014 wurde bestätigt, auch hier werde von einer weiter guten Entwicklung des Betriebsergebnisses ausgegangen.

Für die Ärzte im Krankenhaus wurde in Abstimmung mit dem Marburger Bund der Sanatarifvertrag für Ärzte rückwirkend ab 01.05.2013 übernommen.

Der Umbau der Apotheke ist abgeschlossen.

Der Beschluss des Kreistages zum sogenannten MVZ am Achenbach-Krankenhaus konnte noch nicht vollständig realisiert werden, weil eine Ärztin abgesagt habe. Bis zum Jahresende solle aber versucht werden, dort eine weitere Arztpraxis anzusiedeln.

Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS)

Die nächste Ratssitzung und Gesellschafterversammlung findet am 17.10.2013 statt, in der u. a. ein neuer Wirtschaftsplanentwurf für 2014 vorgelegt wird. Zur Diskussion stehen die Schwerpunktthemen Tourismus und Energie.

Der Wirtschaftsplan 2014 sieht analog der Vorjahre einen LDS-Zuschuss in Höhe von 60.000 Euro vor.

Ebenso wird eine überarbeitete Fassung des Betrauungsaktes in Form eines öffentlichen Auftrages der Gesellschafter zur Erbringung von den per Gesellschaftervertrag definierten Aufgaben zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Notwendigkeit ergebe sich aus dem EU-Beihilferecht auf Grund der jährlichen Zahlung von Gesellschafterzuschüssen.

Am 22.10.2013 findet die letzte Regionalkonferenz im Rahmen der Kompetenzfeldanalyse in Doberlug-Kirchhain statt. Die Ergebnisanalyse werde noch für Oktober 2013 erwartet.

Berlin-Brandenburg Area Development Company (BADC)

Die Überarbeitung des Gesellschaftsvertrages befindet sich in der finalen Phase. Über die Zusammensetzung des neuen Aufsichtsrates laufe gerade die Abstimmung.

Gewässerrandstreifenprojekt

Der Zuwendungsbescheid vom Bundesamt für Naturschutz mit Bestätigung der Verlängerung der Projektlaufzeit bis Ende 2014 ist eingegangen.

Die bisherige Geschäftsführerin, Frau Dr. Kehl, beendet ihr Arbeitsverhältnis mit dem Gewässerrandstreifenprojekt zum 01.11.2013. Frau Röver übernimmt ihre Aufgaben, während Frau Schönfelder die Aufgaben von Frau Röver übernehmen wird.

Landrat Loge ergänzt, dass Frau Dr. Kehl im Süden Brandenburgs einen neuen Arbeitsplatz gefunden hat und ein anderes Projekt übernehmen wird.

In der Spreewald-Klinik Lübben seien die Planungsarbeiten für den Umbau der Intensivstation abgeschlossen und die Bauarbeiten werden in absehbarer Zeit beginnen.

Herr Helbig möchte im Zusammenhang mit dem Apothekenumbau wissen, wie viele Ausbildungsplätze dort geschaffen wurden. Seinem Wissen nach wurde vereinbart, zwei oder drei Plätze zu schaffen.

Herr Starke erwidert, dass schriftlich nichts vereinbart wurde. Er werde recherchieren und im Kreistag könnte dazu informiert werden.

TOP 8. Verschiedenes

Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Landrat Loge informiert, dass auf der Tagesordnung des nächsten Kreistages eine Beschlussvorlage zum Thema „*Ermächtigung des Landrates zum Abschluss von Miet- und Betreiberverträgen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen*“ stehen wird.

Für das Jahr 2013 wurde dem Landkreis ein Aufnahmesoll von 220 Flüchtlingen prognostiziert, 158 Flüchtlinge habe der Landkreis bereits aufgenommen (Stand 10.10.2013).

Die Gemeinschaftsunterkunft in Waßmannsdorf verfügt über 250 Plätze. Die Auslastung der Kapazität werde zum Ende des Jahres 2013 erreicht sein. Wegen der ständig steigenden Zahlen von Flüchtlingen in der Aufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt und der daraus folgenden Umverteilung sei der Landkreis jedoch in der Pflicht, weitere Unterbringungskapazitäten zu schaffen. Die für die beabsichtigte Sanierung der bestehenden Gemeinschaftsunterkunft zu errichtende Ausweichkapazität in Modulbauweise könne vorübergehend auch der Aufnahme einer erhöhten Anzahl von ausländischen Flüchtlingen dienen, sei baulich aber nicht auf Dauer angelegt. Deshalb habe der Landkreis seine Aktivitäten verstärkt, ein weiteres geeignetes Objekt zu finden. Der Geschäftsführer des Technologie- und Berufsbildungszentrum (tbz) Königs Wusterhausen habe die Anmietung eines Objektes in Aussicht gestellt, das zuvor für die Unterbringung von Azubis genutzt wurde. Das tbz sei ebenfalls daran interessiert, die Betreuung zu übernehmen.

Der Ortsbeirat von Pätz und die Gemeindevertretung Bestensee wurden im Vorfeld informiert und im Ergebnis dessen wurde vereinbart, eine öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen. Diese werde am 17.10.2013 im tbz Pätz stattfinden und die Pätzer und Bestenseer Bürger seien dazu eingeladen.

Natürlich werden auch die Bemühungen zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern in Wohnungen verstärkt. 35 Wohnungsanträge wurden bereits genehmigt, 36 befinden sich in Bearbeitung. Das wären dann insgesamt 160 Personen, die dezentral unterbracht werden können. Damit wäre der Landkreis gut aufgestellt.

Ärgerlich waren die öffentlichen Darstellungen von Ministerien in der vorigen Woche, in denen in sehr allgemeinen Formulierungen gescholten wurde, dass die Landkreise und kreisfreien Städte ihre Pflicht nicht erfüllt haben.

Dass sechs Landkreise ihre Pflicht erfüllt haben, wurde leider nicht genannt. Dies wurde im Landkreistag ausgewertet und soll am kommenden Freitag gegenüber dem Innenminister auch noch einmal sehr deutlich angesprochen werden.

Er hätte sich hier auch eine gemeinsame Herangehensweise von Ländern und Kommunen und eine stärkere Unterstützung gewünscht. Landkreise, die so schnell für zusätzliche Unterbringungen sorgen müssen, könnten finanziell in eine schwierige Situation geraten, weil die Haushaltspläne das nicht hergeben.

Herr Dr. Kuttner merkt an, dass die Gemeindevertretung Bestensee trotz der Kurzfristigkeit der Informationen aufgeschlossen sei, sich des Themas positiv anzunehmen. Es gab nicht eine kritische Bemerkung dazu, aber es kamen einige Sachfragen auf, so z. B. zur Sicherung der medizinischen Versorgung, der Kita-Versorgung oder der Schulversorgung. Gefragt wurde auch, ob die Flüchtlinge aus 21 Nationen kommen müssen, oder vielleicht auch 5 ausreichen. Das erfordere weniger Dolmetscher. Die Asylverfahren sollten auch nicht erst nach acht Jahren, sondern vielleicht schon nach zwei Jahren abgeschlossen sein.

Landrat Loge bedankt sich für die Aufgeschlossenheit der Gemeindevertretung, die Abfolge der Informationen ging jedoch rasend schnell. Alles sei binnen weniger Tage passiert und es gab keine Möglichkeit, vorab den Fachausschuss, Kreisausschuss oder Kreistag zu informieren.

Herr Wille erinnert an die Schwierigkeiten bei den inzwischen geschlossenen Asylbewerberheimen Görlsdorf und Neubrück. Dort standen Bürgerinnen und Bürger anfangs der Aufnahme von Asylbewerbern ebenfalls kritisch gegenüber. Als die Heime dann aber geschlossen werden sollten, weil die Verfahren abgeschlossen waren oder andere Unterkünfte für die Menschen gefunden werden konnten, gab es vor allem in Görlsdorf große

Aufregung, weil die Schule oder der Kindergarten wegen fehlender Kinder in Gefahr sein könnten.

Wenn die jeweiligen Gemeindevertretungen aufgeschlossen sind, sich des Themas positiv anzunehmen, sei das schon einmal ein Plus. Er appelliere an alle, zusammenhalten und den Mitarbeitern der Verwaltung, die damit befasst sein werden, den Rücken zu stärken, vielleicht 300 Menschen im Landkreis unterzubringen.

Landrat Loge erklärt, dass mit den beiden Sozialarbeiterinnen der Diakonie, die sich um die Vermittlung von Wohnungen für die Asylbewerber kümmern, ein Gespräch geführt wurde. Im Ergebnis bitte er alle Abgeordneten, sich an ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die kommunalen Vermieter zu wenden, sich der Thematik aufgeschlossener anzunehmen. Dort, wo es erfolgreich praktiziert werde, könne von einer guten Bilanz gesprochen werden.

Er beabsichtige auch, den Bürgermeister von Lübbenau einmal einzuladen. Herr Wenzel betreibe mit gesellschaftlicher Unterstützung und der Hilfe von Sozialarbeitern sehr erfolgreich die Ansiedlung von Asylbewerbern in Wohnungen und könnte vielleicht nützliche Hinweise geben.

Herr Saß ergänzt zum aktuellen Geschehen in Pätz, dass sowohl im Fachausschuss als auch im Kreistag über den jeweiligen Stand der Suche von Unterbringungsmöglichkeiten informiert wurde. Mittlerweile wurde dank der Lösung in Pätz davon abgerückt, weitere Wohnmodule in Waßmannsdorf zu errichten. Auch deshalb sei er davon überzeugt, dass dem Kreistag guten Gewissens vorgeschlagen werden könne, mit dem tbz einen auf fünf Jahre festgelegten Miet- und Betreibervertrag abzuschließen.

Bei der morgigen Veranstaltung handelt es sich um eine Informationsveranstaltung für die Bürger der Gemeinde. Die Platzkapazität sei sehr begrenzt, so dass Kreistagsabgeordnete, die ebenfalls an der Veranstaltung teilnehmen wollen, möglicherweise keinen Platz finden. Diejenigen, denen deswegen der Zutritt verwehrt werde, werden gebeten, sich im Umfeld zu positionieren. Es gebe genügend Möglichkeiten, sich außerhalb des Gebäudes einzubringen.

Beanstandung des Beschlusses des Kreistages vom 04.09.2013

Herr Kolan bezieht sich noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 3 und weist darauf hin, dass die Beanstandung des Landrates als rot kopiertes Papier übergeben wurde. Das bedeute eine Behandlung nur im Kreisausschuss. Es sei zu fragen, ob dem Kreistag am 23.10.2013 eine neue Beschlussvorlage wie alt übergeben wird, um erneut zu beschließen. Auf der Rückseite der Beanstandung des Landrates stehe ja „*Im Ergebnis beanstande ich hiermit den Beschluss des Kreistages und gehe davon aus, dass in der nächsten Sitzung des Kreistages erneut darüber entschieden wird.*“

Frau Degenhardt antwortet, dass sich die Verwaltung entschlossen habe, dem Kreistag eine neue Vorlage zu übergeben. Das Ergebnis der heutigen Beratung sollte jedoch noch abgewartet werden.

Kabinettsitzung im Kreistagssaal

Landrat Loge teilt mit, dass am 29.10.2013 im Kreistagssaal eine Kabinettsitzung des Landes Brandenburg stattfindet. An dieser Sitzung nehmen der Landrat und die Beigeordneten teil. Gegenüber den Ministerinnen und Ministern wolle er nicht nur die Unterbringung von Flüchtlingen, sondern auch andere Punkte der aktuellen Kreispolitik ansprechen, soweit es der Zeitrahmen von zwei Stunden zulasse.

Eingeladen wurden dazu auch der Bürgermeister von Königs Wusterhausen, Herr Dr. Franzke, und der Sprecher der Regionalen Wachstumskerne, Herr Dr. Haase aus Schönefeld, die eine Situationsdarstellung der regionalen Wachstumskerne einbringen sollen.

Erntekrone

Landrat Loge weist darauf hin, dass im Sitzungssaal eine Erntekrone ausgestellt ist, die die südbrandenburgischen Landfrauen zum Erntedankfest auf dem Höllberghof angefertigt haben.

Flughafen BER

Landrat Loge informiert, dass der zweite Nachtrag zur ersten Baugenehmigung zum Pier Nord in dieser Woche eingegangen ist. Dort wurde etwas anders gebaut als ursprünglich genehmigt.

Wird der Nachtrag genehmigt, sei damit eine Grundvoraussetzung erfüllt, den Antrag zur vorübergehenden Umnutzung des Nordpiers abschließend zu bearbeiten, wenn die nachgeforderten Unterlagen in der Verwaltung einmal eingehen würden.

Die Sprinkleranlage im Pier Nord ist am vergangenen Freitag genehmigt worden. Es werde jetzt ein externer Wasserbehälter zur Absicherung des Löschwassers für die Sprinkleranlagen realisiert. Das sei aber keine unnütze Investition, sondern werde sich in das Gesamtprojekt BER integrieren.

Anfragen von Bürgern in der Einwohnerfragestunde

Herr Selbitz führt aus, dass es Anfragen von Bürgern im Rahmen der Einwohnerfragestunde gebe, die nicht während der Kreistagssitzung, sondern erst im Nachhinein durch die Verwaltung beantwortet werden. Diese Antworten seien interessierten Bürgern, die am Kreistag teilgenommen haben, nicht zugänglich, weil sie nicht zur Niederschrift der Sitzung gehören. Es sei zu fragen, wo die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Antworten besteht.

Um die Geschäftsordnung nicht ändern zu müssen, werde vorgeschlagen, der jeweiligen Niederschrift die Antworten beizufügen und diese auch im Internet zu veröffentlichen. Frau Tölpe werde um entsprechende Prüfung gebeten. Vielleicht könne schon im nächsten Kreistag eine Antwort darauf gegeben werden.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreisausschusssitzung um 18:55 Uhr mit Tagesordnungspunkt 9 fortgesetzt.